

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt



Evrin Baba

Direktkandidatin der PDS für die Bundestagswahl

Evrin Baba ist seit 1999 mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Sie ist die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.



Ein erster Schritt

In dieser Legislaturperiode soll Gender Mainstreaming zunächst als Pilotprojekt und später flächendeckend in allen Politikfeldern implementiert werden. Der rot-rote Senat übernahm eine Vorgabe des Amsterdamer Vertrages von 1999 in seine Koalitionsvereinbarung. Nach langen Debatten kommen wir endlich zu ersten Ergebnissen. Ende Mai legte der Senat einen ersten Bericht vor, wie der Ansatz des Gender Mainstreaming in Berlin umgesetzt werden soll.

Im Abgeordnetenhaus wurde in der Sitzung am 27. Juli ein gemeinsamer Antrag von SPD und PDS zu den notwendigen finanzpolitischen Instrumenten beschlossen, das so genannte Gender Budget.

Wir brauchen einen geschlechtergerechten Haushalt. Der öffentliche Haushalt ist nicht geschlechtsneutral. In meiner Rede vor dem Abgeordnetenhaus habe ich dies an zwei Beispielen versucht aufzuzeigen. Zum einen an der bisherigen Regelung des Ehegattensplittings sowie der neuen Besteuerung Alleinerziehender und auf Landesebene an der Verkehrsplanung, die zu wenig die Interessen von Frauen berücksichtigt, deren Mobilitätswünsche und -bedürfnisse sich von denen der Männer unterscheiden.

Die Haushaltspläne des Landes Berlin sollen künftig auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen untersucht werden. Die bislang üblichen Berichte über die Verwendung von Haushaltsmitteln für Gleichstellung, die von den einzelnen Senatsverwaltungen vorgelegt werden, sind hier unzureichend. In der Wirtschaftsverwaltung sowie einer weiteren Senatsverwaltung und auf Bezirksebene sollen nun mit Modellversuchen erste Schritte zum Gender Budget gegangen werden. Im Jahr 2006 soll die Verwendung aller öffentlichen Ausgaben auf das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter hin überprüft werden können. Auch das nur ein weiterer Baustein auf dem Weg zum Ziel, eine geschlechtergerechte Gestaltung der gesamten politischen Zusammenhänge zu erreichen. Aber ein wichtiger.

„Schneegestöber“ in Neuköllner Gärten

Proteste gegen Abfahrtski-Halle

Zwischen der Diesel- und der Kieffholzstraße in Neukölln sollen 300 Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Investor „Fechner & Herden“ möchte hier, das Hotel Estrel in direkter Nähe wissend, eine Aprés-Ski-Halle bauen. Dafür werden 140000 Quadratmeter Baufläche benötigt.

Das vom Investor ins Auge gefasste Gelände dient zur Zeit aber noch als Erholungsdomizil für mehr als 1.400 Neuköllner auf rund 400 Kleingartenflächen. Diese sind sichtlich verärgert, denn schon bis zum April 2003 soll das Gebiet, das zur Zeit noch für insgesamt fünf Kleingartenkolonien zur Verfügung steht, geräumt werden.

Das Gelände wird vom Liegenschaftsfonds des Landes Berlin verwaltet. Es ist teilweise stark mit Schadstoffen kontaminiert und müsste vom Investor gereinigt werden. Zudem soll, nach noch nicht bestätigten Angaben von Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU), ab 2005 die Autobahn A 100 auf einem Teil des Geländes weitergebaut werden.

Wenn die Autobahn nicht käme

Tatsächlich hatten die Gartenfreunde damit rechnen können, irgendwann dieses Land räumen zu müssen. Es ist ausgewiesenes Industriegebiet und deshalb wurden auch nur jeweils Pachtverträge mit einjähriger Kündigungsfrist abgeschlossen. Der Investor ist sogar bereit, den Pächtern Abfindungen bis zu 8000 Euro je Parzelle zu bezahlen. Er scheint sich den Standort zügig sichern zu wollen.

Auch das Bezirksamt möchte den Gärtnern entgegenkommen. Sie sollen ein neues Gebiet zur Verfügung gestellt bekommen. Im Gespräch sind Freiflächen zwischen Koppelweg und der Mohriner Allee.

Trotz dieser Offerten regt sich mehr und mehr

Widerstand. Die Außenzäune der Kolonie zeigen mit Plakaten den Protest: „Wir kämpfen gegen Spekulantenwahn, wir wollen keine Rodelbahn“ und ähnliche Losungen sollen auf die Problematik aufmerksam machen. Eine gesetzliche Grundlage, die Ski-Halle noch zu verhindern, gibt es quasi nicht. Der Kleingärtner-Bezirksverband erwägt zusammen mit den betroffenen Kolonien, die Fläche selbst zu erwerben. Etwa neun Millionen Euro müsste man aufbringen.

**Lesen Sie auf Seite 2:
Bericht aus der Bezirksverordnetenversammlung**

Die PDS-Neukölln bekräftigte indes auf einer Fraktionssitzung ihre Position gegen den Ausbau der Autobahn A 100. Ferner würde man einen Kauf durch den Kleingartenverband befürworten, äußerten die Verordneten in Anwesenheit von Klaus-Dieter Förster, einem Vertreter der Kleingärtner. Die Chancen dafür stehen aber schlecht, solan-



Protestplakate statt grüner Hecken

Foto: Günter Noack

ge der Ausbau der Autobahn noch auf dem Plan steht.

Die ersten Anfragen zu dieser Problematik wurden bereits ans Bezirksamt gestellt.

Günter Noack

Großer Bahnhof für die BVV

Bericht aus der BVV-Sitzung vom 3. Juli 2002

Soviel Aufsehen wie diesmal hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neuköllns noch nie. Der Zuspruch zur Bürgerfragestunde bzw. deren Begleiterscheinungen, in Form einer Demonstration, zeigte allen Bürgern, dass hier im Rathaus was passiert oder auch passieren muss! Selbst das Bezirksamt war überrascht von dieser Resonanz, so dass einstimmig beschlossen wurde, nach der Bürgerfragestunde die Anträge, die die Bürgerproteste betreffen, an den Anfang der BVV zu stellen.

So war es möglich, gleich nach den Fragen der Kleingärtner, bezüglich der weiteren Existenz ihrer Parzellen, die Diskussion der Verordneten und des Bezirksamtes zu verfolgen. Davon wurde auch zahlreich Gebrauch gemacht. Leider konnte man den Betroffenen keine verbindlichen Zusagen machen, da sie selbst gefordert sind. Es wurde bestätigt, dass das Bezirksamt keine Kündigungen für die Parzellen ausspricht. Die Kleingärtner müssen selbst mit dem Investor eine Einigung erzielen. Sollte diese nicht zustande kommen, wird der geplante Autobahnbau vielleicht alle Hoffnungen platzen lassen. Die PDS sprach sich eindeutig gegen den Weiterbau der Stadtautobahn aus und wird dafür auch kämpfen.

Fazit: Sollte sich der Investor auf Grund der Proteste der Kleingärtner zurückziehen, heißt es gemeinsam gegen die Autobahn anzugehen. So haben die Kleingärtner vielleicht doch noch eine Chance, das Grundstück käuflich zu erwerben. Unsere Unterstützung ist ihnen gewiss!

Dringlichkeiten

Es lagen der BVV drei dringliche Anträge und Anfragen vor. Zur Bestätigung der Dringlichkeit wird allerdings eine 2/3-Mehrheit benötigt. Eigenartiger Weise erhielten nur die beiden PDS-Anträge diese Mehrheit.

Der Anfrage der SPD wurde diese Dringlichkeit von der CDU abgesprochen. Es kam zu einem Disput, in deren Folge der Ältestenrat zusammengerufen wurde. Da man sich auch dort nicht auf eine Dringlichkeit einigen konnte, wird es nun am 10. Juli zu diesem Thema eine Sondersitzung der BVV geben. Auslöser dieser Debatte war ein Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion in einer parteiinternen Zeitung, der das von der BVV einstimmig beschlossene Gutachten zur Neuorganisation des Sozialamtes in Frage stellte bzw. dem Bezirksamt eine Verschwendung von Geldern unterstellte.

Mündliche Anfragen

Große Diskussionen aber auch geschlosse-

nen Ablehnung gab es bei der Problematik der geplanten Ansiedlung eines Hisbollah-Schulungszentrums in Neukölln. Es wurde mehrheitlich festgestellt, dass das Wichtigste für Neukölln die Integration der Bürger nichtdeutscher Herkunft ist und nicht die Ausprägung oder Förderung fundamentalistischen Gedankengutes.

Dann ging es um die Erzieherstellen der Martin-Lichtenstein-Grundschule. Auch hier herrschte Einigkeit, das 2-Pädagogenmodell zur Integration der körper- und lernbehinderten Kinder zu erhalten. Trotz Sparmaßnahmen sollte diesem Modellversuch eine Chance eingeräumt werden. Im zuständigen Ausschuss wird die Lösung dieses Problems, in Absprache mit der Schulleitung, versucht anzugehen.

Misbilligungsantrag der PDS

Die Hürde der Zweidrittelmehrheit hatte dieser Antrag ja bereits genommen und so konnte nach Beantwortung einer großen Anfrage der PDS zur Informationspolitik der Baustadträtin Frau Vogelsang dieser Antrag beraten werden.

Wir, die PDS-Fraktion, hatten erfahren, dass sich Frau Vogelsang in einer Beratung mit den Kleingärtnern hinter der Schutzbehauptung, die SPD, Grüne und die PDS seien für den Bau der Skihalle, versteckte. Uns hatte sie vorher nicht gefragt und wir haben sie auch nicht ermächtigt, in unserem Namen zu sprechen. Als sie merkte, dass ihr diese Aussage auf die Füße fallen wird, versuchte sie krampfhaft das Protokoll zu monieren, ja sie unterstellte dem Protokollanten der Kleingärtner, sich diese Behauptung aus den Fingern gesogen zu haben. Da uns der betreffende Fragesteller explizit bestätigte, dass die im Protokoll festgehaltene Antwort auf seine Frage der Wahrheit entspricht, entschlossen wir uns zu diesem Misstrauensantrag. Er wurde trotz Ablehnung der CDU- und FDP-Fraktion und zwei Enthaltungen aus der SPD beschlossen.

So passierte ein Novum in der Neuköllner BVV. Die „kleine“ PDS hat soviel Größe, sich nicht von der CDU-Stadträtin benutzen zu lassen und dieses öffentlich an den Pranger zu stellen.

Verschieben der Sommerpause

Eigentlich wäre jetzt parlamentarische Sommerpause, aber am 10. Juli findet wie schon erwähnt, eine Sondersitzung statt. Für Anregungen und Anfragen stehen wir Ihnen aber weiterhin in unserem Fraktionszimmer (R. 307) oder in der Geschäftsstelle am Richardplatz zur Verfügung.

Dr. Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende

Bürgerfragestunde in Neukölln

Am 3. Juli fand die erste Bürgerfragestunde in Neukölln statt. Es war eine schwere Geburt, denn die CDU sträubte sich bis zum Schluss, diese zu akzeptieren.

Im Ältestenrat wurde bei jedem auftretenden Problem, wie denn diese Fragestunde zu gestalten sei, die PDS für alles Unvorhersehbare verantwortlich gemacht. Letztendlich setzte sich, dank der Einigkeit in der Zählgemeinschaft, die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Bürgerfragestunde durch.

Diese Fragestunde warf dann allerdings massiv ihre Schatten voraus, denn ab 15 Uhr musste die Zufahrt zum Rathaus, wegen einer offiziell angekündigten Demonstration der Kleingärtner, gesperrt werden. Sie wollten ihren Protest gegen den geplanten Bau einer Skihalle auf dem Gelände ihrer Kleingartenparzellen nachhaltig Ausdruck verleihen.

Insgesamt 14 Fragen wurden fristgerecht eingereicht. In der zur Verfügung stehenden halben Stunde konnten sechs Fragen beantwortet werden. Die restlichen Fragesteller müssen sich nun mit einer schriftlichen Antwort zufrieden geben, es sei denn, sie stellen ihr Problem nochmals im zuständigen Ausschuss, die fast alle öffentlich tagen, vor, um eine dezidierte Antwort zu erhalten oder eine Lösung ihres Problems anzustreben.

Von unserer Seite aus war diese Fragestunde eine gelungene Sache. Die Bürger sollen das Recht haben, die von ihnen gewählten Vertreter sowie auch das Bezirksamt öffentlich zu fragen, was sie für die Interessen der Bürger Neuköllns tun, sich deren Nöte anzuhören und auch über bestimmte Sachverhalte oder Entwicklungen ihren Unmut ausdrücken zu können.

Ich hoffe, dass bei der nächsten Fragestunde, die wahrscheinlich zur 600. Sitzung, also zu einer Jubiläumssitzung, abgehalten wird, das Interesse der Einwohner Neuköllns ebenso groß ist wie bei dieser Sitzung.



Armut macht krank

Soziale Lage Neuköllns wurde jahrelang auf die leichte Schulter genommen

Diese Erkenntnis hat der Neuköllner Gesundheitsstadtrat Michael Freiberg (CDU) für sich gewonnen. Der verkündete alarmierende Zustand in seiner Kurzberichterstattung der sozialen Lage Neuköllns ist allerdings keineswegs neu!

Vor zwei Jahren wurde in der Bezirksverordnetenversammlung der Sozialstruktur-Atlas Berlins diskutiert. Neuköllns Norden bildete das Schlusslicht. Der damalige Bürgermeister Manegold versuchte auf die Ursachen und vorhandenen Schwierigkeiten, deren Abhilfe Jahre dauern könnten???, einzugehen. Stadtrat Freiberg, als damals stellvertretender Bürgermeister auch zuständig für Personal und Finanzen, nahm das Anliegen auf die leichte Schulter. Für ihn war der vorgelegte Struktur-Atlas lediglich eine „Momentaufnahme“. Er wollte nicht hinter die Kulissen sehen. Neukölln war für ihn der führende Wirtschaftsbezirk. Dabei wurde bereits

im Jahr 2000 ausgewiesen, dass nicht nur der Norden Neuköllns belastet ist, sondern die Wertezahl 7 (als schlechtester Wert beim Sozial-Index, bezogen auf den Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger) auch auf Britz und die Gropiusstadt überschwappte.

Die PDS in Neukölln hat die Lage sehr ernst genommen und hierzu Stellung bezogen, um rechtzeitig einem Abgleiten entgegen zu wirken. Der jetzige Aufschrei von Michael Freiberg kommt zwei Jahre zu spät, denn in der Regierungszeit von Herrn Diepgen zeichnete sich diese Entwicklung in dessen eigenem Direktwahlkreis schon länger ab. Der Versuch, dem neuen Senat diese missliche Lage anzulasten und so Wahlkampf zu führen, ist unredlich!

Das vorgetragene Anliegen – Armut macht krank – betrifft uns alle und erfordert eine

kommunale Geschlossenheit im Handeln. Bei der letzten Beratung des Gesundheitsausschusses stand dieses Thema auf der Tagesordnung. Beraten wurde, unter anderem, ein Antrag der PDS-Fraktion, der für Neukölln eine jährlich fortzuschreibende Sozialberichterstattung forderte, denn gerade für unseren Bezirk ist die Beobachtung der Entwicklung bestimmter aussagefähiger sozialer Indikatoren unabdingbar. Um nichtgewollten Schiefen rechtzeitig begegnen zu können, müssen relevante Problemfelder ermittelt und beobachtet werden, da sonst kein gezieltes Handeln möglich ist.

Die Erkenntnis, dass man Ursachen aufdecken und ihnen rechtzeitig entgegenwirken muss, statt nur an den Auswirkungen zu laborieren, war noch nicht durchgängig vorhanden. Ob es am befürchteten hohen Verwaltungsaufwand liegt, oder am Nichterkennenwollen des eigentlichen Problems, war nicht zu ermitteln. Da bedarf es noch einiger Überzeugungsarbeit. Beim nächsten Ausschuss, nach der Sommerpause, soll dieses Thema nochmals beraten werden. Viel Gesundheit

Werner Gutsche

Für Mütter und Kinder eine Anlaufstelle

Das lange erwartete und schon fast wieder vergessene Mutter-Kind-Zentrum kommt.

Nach mehr als zehn Jahren Planung sollte das Zentrum für Mütter und Kinder eigentlich in diesem Jahr in die Investitionsplanung genommen werden und der Bau beginnen. Doch durch die anhaltende und allseits bekannte Geldnot im Land Berlin wurde es kurzer Hand gestrichen. Zeitweise war es in der Planung auf Platz 16 für das Jahr 2004 gerutscht. Was zur Folge gehabt hätte, dass sich der Bau um viele Jahre hinauszögert. Denn auf Platz 16 hätte der Bau keine realistische Chance gehabt. Wenn überhaupt hätte man die ersten Plätze dieser Liste in Angriff nehmen können.

Nach langen Gesprächen mit Herrn Schäfer, Vorsitzender der Geschäftsführung des Klinikbetreibers Vivantes GmbH, der mit Nachdruck den Bau des Zentrum für Frauen- und Kindermedizin befürwortete, setzten sich die Vertreter aller Parteien aus Neukölln, also PDS, SPD und Grüne sowie CDU und FDP, mit ihren im Abgeordnetenhaus im Hauptausschuss sitzenden Mitgliedern an einen Tisch und forderten mit Nachdruck den Bau des Mutter-Kind-Zentrums. Die aus zehn Kliniken Berlins entstandene Vivantes GmbH steht – entgegen der Aussagen der damaligen Senatorin Gabriele Schöttler (SPD) – keineswegs auf „soliden Grundlagen“. Nach der vom CDU-SPD-Se-

nat forcierten Privatisierung der städtischen Krankenhäuser klafft ein Finanzloch von 230 Millionen Euro.

Das Mutter-Kind-Zentrum ist eine zentrale medizinische Einrichtung in der nicht nur die Fachbereiche Geburtshilfe und Perinatalmedizin sondern auch endliche eine Kinderklinik für eine kinder- und fachgerechte Ver-



Foto: Günter Noack

Auch die Bausubstanz erfordert einen neuen Standort

sorgung entstehen. Das Zentrum wird direkt angrenzend an das Klinikum Neukölln angebunden auf der „Apfelwiese“ zwischen Juchaczweg und Kormoranweg. Jetzt sei es möglich, dass die Frauenklinik, die Klinik für Geburtsmedizin, die Kinderklinik und die Neonatologie vom Mariendorfer Weg an den Hauptstandort des Vivantes Klinikum Neu-

kölln an der Rudower Straße umziehen könne. Jährlich erblicken am Mariendorfer Weg mehr als 3.000 Kinder das Licht der Welt. In der Kinderklinik werden im Jahr rund 2.800 kleine Patienten stationär betreut und weitere 20.000 ambulant versorgt. Kinder, die im Süden Berlins vorzeitig geboren sind, kommen ebenfalls in das Vivantes Klinikum Neukölln, Standort Mariendorfer Weg. Dort werden die Hochrisikoschwangerschaften betreut

Nach langen Ringen mit allen Beteiligten sprach sich der Hauptausschuss für einen Kompromiss aus. Das Land Berlin stellt in einer ersten Rate im Doppelhaushalt 2002/2003 fünf Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt umfasst das Investitionsvolumen 23 Millionen Euro. Die 1917 gebaute Kinderklinik mit der Hebammen-Lehranstalt am Mariendorfer Weg wird geschlossen und das Gelände verkauft.

Ein voller Erfolg nicht nur für unsere Fraktion hier in Neukölln sondern auch im Land Berlin. Obwohl das Land keine ausreichenden Mittel für so große Investitionen hat, bekommen wir endlich nach elf Jahren das lange erwartete und dringend benötigte Mutter-Kind-Zentrum.

Björn Sörensen

Über den Tag hinaus denken

Das tat die GEW mit ihren Protesten. Was nützt der Streit und die Rängelei, wer bei der Pisa-Studie vorn liegt?

Der GEW Landesvorsitzende Thöne bringt es auf den Punkt. Zum kommenden Schuljahr plant das Landesschulamt 255 Neueinstellungen für die Berliner Schulen. Insgesamt sollen 169 Lehrkräfte an den allgemeinbildenden und 86 an den berufsbildenden Schulen eingestellt werden. Die Grundschulen gehen leer aus. Hier will die Schulbehörde bestehenden Bedarf ausschließlich durch Umsetzungen ausgleichen. So sollen zahlreiche Lehrer gegen ihren Willen aus den Grundschulen in die Sekundarstufe I umgesetzt werden, obwohl Senator Bögers Verwaltung berechnet hat, dass die Schülerzahlen im Grundschulbereich ab 2003 kontinuierlich ansteigen werden. Für das Schuljahr 2004/05 werden nach den Senatsberechnungen dann 520 zusätzliche Grundschullehrkräfte gebraucht, während im Bereich der Sekundarstufe zu viele Lehrerinnen und Lehrer an Bord sein werden.

Trotzdem wird jetzt für Unruhe durch ein Umsetzungskarussell gesorgt und für die Grundschulen niemand eingestellt. Beinahe die Hälfte aller Berliner Grundschullehrkräfte hat nach Zahlen von Dr. Matthias in der Senatsvorlage vom 7. Mai das 50. Lebensjahr überschritten, 22 Prozent sind bereits über 55 Jahre alt.

Die Politiker sind gut beraten diese Kritik der Lehrer und Eltern ernst zu nehmen. Den Schülern sollte volle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es ist kein „Spielchen“, was vor dem Roten Rathaus und auf der Straße passiert.

In den vergangenen Jahren richtete sich der Protest gegen die Tausenden von Ausfallstunden, die zu Lasten des Unterrichtes und der Schüler gingen. Es wurde Abhilfe versprochen, und bei der Bildung nicht zu sparen.

Darum klagt die Gewerkschaft mit Recht das gegebene Versprechen ein.

Als Trittbrettfahrer an der Seite der Gewerkschaft entpuppen sich heute Leute, die sich zu Zeiten der Großen Koalition gegen die Gewerkschaften stellten, den Senatskarren in den Dreck gefahren haben und jetzt, wo Rot-Rot in Verantwortung steht, ihre Hände in Unschuld zu waschen versuchen.

Schauen wir auf unser Neukölln: Eine Analyse der Schulsituation weist aus, das der Norden mit einem sehr hohen Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunft (NdH) um ein vielfaches stärker belastet ist als der Süden. In den Vorschulklassen liegt er teilweise bei über 90 Prozent. Wo das Elternhaus den Kindern wenig zur Seite stehen kann und die Väter oft ihren Frauen verbieten, deutsche Sprachkurse zu besuchen. Von Seiten der Lehrer, das zeigten Schulbesuche in der Sander- und Elbeschule, gibt es ein großes Bemühen, die sich den ihnen übertragenden Lehraufgaben mit Hingabe stellen.

In den Nachmittagsstunden gibt es musische, sportliche und handwerkliche Beschäftigungen. Eine Art polytechnischer Unterricht, wie er in den zwanziger Jahren an der Rüttschule Einzug hielt, um junge Menschen auf ihr späteres Leben vorzubereiten. Dem steht die Vielzahl an fehlenden Ausbildungsplätzen und die damit verbundene Perspektivlosigkeit entgegen. Nur das wollen „Politstrategen“, die immer alles besser wissen, nicht zur Kenntnis nehmen. Wahlkampfreden helfen der Jugend wenig.

Zum Kanzlerwort: 4 Milliarden Euro für die Ganztagschule machen nur dann Sinn, wenn sie schnell und nicht tröpfchenweise (300 Millionen fürs erste Jahr) und nicht nach den Gießkannenprinzip zur Verteilung gelangen. Der Einsatz muss in sozial stark belasteten Problemgebieten erfolgen. Neukölln zählt hierzu. Herr Kanzler wir warten.

Termine der PDS Neukölln

Info-Stände im Juli und August

jeweils von 11-13.00 Uhr

- 13.07.02 Post, Anzengruber Straße
- 20.07.02 vor den Gropius-Passagen
- 27.07.02 Hermannplatz
- 03.08.02 Liselotte-Berger-Platz
- 10.08.02 Hermannplatz
- 17.08.02 in den Gropius-Passagen
- 24.08.02 Hermannplatz
- 31.08.02 Karl-Marx-Platz

Treffpunkt 10.00 Uhr Geschäftsstelle!

Termine im Bezirk Neukölln

12. - 17. 8.

Sommernachtskino

in den Gropius Passagen

14. 8., 10 - 14 Uhr

Sommerfest in der Jugendverkehrsschule Wörnitzweg 5

16. - 18. 8.

Strohballenfest bei Bauer Mette, Gerlinger Straße/Buckower Damm

30. 8.

Sportfest 40 Jahre Gropiusstadt

31. 8.

11 Jahre Frauentreffpunkt Schmiede

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag:

Olaf Kupfermagel
Nadina Maeding
Udo Wolf
Hatice Akar
Dimos Gatidis
Renas Akar
Candice Frazan
Hartmut Mund
Klaus Rückner
Sylvia Stelz

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 2000

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 8. 7. 2002

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

PDS-Neukölln
Richardplatz 16
12055 Berlin

Ich möchte Informationen / Mitglied werden:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon, Telefax

eMail-Adresse

Alter

Datum, Unterschrift

PDS